

*Creuzberger, Stefan/Görtemaker, Manfred (Hgg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949.*

Schöningh, Paderborn u. a. 2002, 434 S.

Schon der Titel des zu besprechenden Sammelbandes offenbart eine unter zeithistorischen Studien leider verbreitete niedrige Reflexionshöhe. „Gleichschaltung“ – ein Blick in Klemperers LTI hätte genügt – ist der technizistischen Sprache des NS entlehnt. Vielleicht ist der Begriff zur Beschreibung des sowjetischen Imperiums geeignet, aber eine Begründung dafür fehlt. Auch die meisten Autoren der Einzelbeiträge – einige drücken ihre Unsicherheit mit Anführungszeichen aus – scheinen sich keine Gedanken über die Verwendung des Begriffes, über seine erkenntnisfördernde Kraft bzw. seine Grenzen gemacht zu haben. Erhellend ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung der Herausgeber in ihrer Einleitung, sie hätten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres Projektes auch nach deren „Aktenkenntnis“ ausgewählt. Sollte sich dies verallgemeinern, müssten bald Archivare die Forschung übernehmen und Historiker sich andere Beschäftigungen suchen.

Trotz dieser kritischen Vorbemerkung ist der von Creuzberger und Görtemaker vorgelegte Band als Gewinn für die vergleichende Erforschung der ‚Sowjetisierung‘ Osteuropas – also der Übertragung des sowjetischen Herrschaftsmodells auf die besetzten Gebiete im östlichen und mittleren Europa – anzusehen. Die Geschichte der Außenpolitik Stalins gegenüber den Gebieten, die im Laufe des Krieges unter die Kontrolle der Sowjetarmee gerieten, leidet noch immer darunter, dass aus einem nur sehr oberflächlich bekannten Quellenfundus weitreichende Schlüsse gezogen werden, die nicht viel mehr sind als mit routinierter Selbstsicherheit vorgetragene Vermutungen. Viele Sowjetforscher sind selbst nach jahrzehntelanger Forschungsarbeit noch der Meinung, der Stalinismus beruhe auf einem einfachen Befehl-Gehorsam-Mechanismus. Doch es mehren sich die Stimmen, die versuchen, die Komplexität und Verworrenheit des Stalinschen Entscheidungsapparates realistisch einzuschätzen. Wie zuletzt Gibianskij oder Naimark deutlich gemacht haben, sollte erst einmal ehrlicherweise gesagt werden, was wir nicht wissen.

Die Erklärung der Herausgeber, die in ihrem Nachwort noch einmal die sowjetische Politik im Bezug auf die Parteisysteme in den verschiedenen Ländern des

Einflussbereiches der Roten Armee skizzieren, stellt eine Zwischenposition zwischen Totalitarismusmodell und der Sicht der Revisionisten dar. Man könnte sich natürlich fragen, ob es nicht auch andere Positionen gibt. Die Herausgeber konstatieren zweierlei: Stalins Politik war flexibel, jeweils der lokalen Situation angepasst, aber dennoch ab 1947 zielstrebig an einer Vereinheitlichung und Vereinnahmung der Länder in seinem Einflussbereich orientiert. Die Herausgeber wenden sich damit gegen Gibijanskis Versuch, der die Interaktion zwischen Stalins Absichten, der sowjetischen Planung und Durchsetzung auf der einen Seite, den jeweiligen Gegebenheiten, Widerständen und Möglichkeiten auf der anderen Seite in ein Schema zu bringen versuchte, dessen vergleichendes Modell aber durch die Vielzahl an Faktoren etwas zu komplex geraten ist.

Donal O'Sullivan betont in seinem komparativ angelegten Aufsatz über die sowjetische Osteuropapolitik zu Recht den Zusammenhang zwischen der Legitimierung des eigenen Systems in der Sowjetunion und der Sowjetisierung der einzelnen Satelliten. Wer sich genauer mit den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und ihren ‚Verbündeten‘ beschäftigt hat, weiß, wie sehr ideologische oder politische Abweichungen immer als Gefahr für das sowjetische System empfunden wurden. Das hing mit den Eigenheiten der kommunistischen Diktatur zusammen, die auch innerhalb der riesigen Sowjetunion für ihre Eliten nur einheitlich denkbar war – seit Stalin. Die Andersartigkeit Finnlands und Österreichs konnte nur deswegen ertragen werden, weil sie nicht zum Sowjetlager gehörten, sondern kleine, neutrale, ungefährliche Länder waren, für die die Partei- und Warschauer-Pakt-Disziplin nicht galt.

Gerhard Wettig betont in seinem vergleichend konzipierten Beitrag über „Stalins Deutschland-Politik 1945-49“ (S. 15-44), wie sehr der Kremlherrscher bemüht war, außenpolitische, russisch-imperiale und ideologische Ziele und Vorstellungen in Einklang zu bringen. Dabei hätte Stalin die Erwartungen seiner ehemaligen westlichen Verbündeten immer weniger einschätzen können. Wettig kann dies am Beispiel des Problems der Versorgung der westlichen Besatzungszonen eindrucksvoll zeigen, an deren Sicherstellung die US-amerikanische und die britische Militärverwaltung ein so hohes Interesse hatten, dass sie es auf einen Konflikt mit den Sowjets ankommen ließen, die keinerlei Verständnis für die humanitären Skrupel der Westmächte hatten. Wettigs Aufsatz richtet sich vor allem gegen Wilfried Loths These, wonach Stalin nur widerwillig der Gründung der DDR zugestimmt habe. Loth verstehe die sowjetischen Angebote falsch, in dem er sie „einfach zum westlichen Nennwert“ nähme. „Absurd“ sei außerdem Loths Annahme, Stalin „sei zur Steuerung und Kontrolle der nachgeordneter Apparate völlig unfähig gewesen“ (S. 42). Dagegen versteigt sich Wettig zu der noch wesentlich gewagteren Behauptung, Stalin sei, „wie die bisher zutage geförderten internen Dokumente belegen, der letztlich ausschlaggebende Akteur der sowjetischen Außenpolitik im allgemeinen und der Osteuropa- wie Deutschland-Politik im besonderen“ gewesen. Hier tritt uns ein gottähnlicher Sowjetführer entgegen, wie ihn sich selbst die überzeugtesten Stalinisten nicht mächtiger hätten vorstellen können. Die Stalinismusforschung der letzten Jahrzehnte, die nachgewiesen hat, dass der Stalinismus ein von sehr vielen sozialen Aufsteigern, Karrieristen, aber auch ganz normalen Sowjetbürgern getragenes System gewesen ist, und kein monolithisch gelenkter Marionettenstaat, wurde hier

offensichtlich völlig ignoriert. Wettig hätte sich einmal die Frage stellen sollen, wer denn die Masse an „internen Dokumenten“ nach welchen Regeln und mit welchen Absichten anfertigte. Sollen wir uns die sowjetische Diktatur und ihren riesigen Militärapparat, der seit 1945 halb Europa besetzte, als eine von einem einzigen menschlichen Willen gesteuerte Maschine vorstellen?

Monika Kaiser stellt in ihrem Beitrag über das Parteiensystem der SBZ fest, dass „sowjetische und deutsche [sic!] Akteure [...] in keinem anderen Land [...] so eng und unmittelbar direkt zusammen wirkten wie im östlichen Teil Deutschlands“ (S. 282). Sie bezeichnet dies als „Symbiose aus sowjetischer Besatzungspolitik und deutscher Parteiherrschaft“. Ob dies allerdings so einzigartig war, ist angesichts etwa des polnischen Beispiels anzuzweifeln. Dort verfügte die sowjetische Armee aufgrund des ganz anderen diplomatischen Status zwar nicht über eigene Behörden, die den polnischen Verwaltungen vorgesetzt waren wie im besetzten Deutschland, aber die sowjetische Regierung arbeitete, wie Harald Moldenhauer in seinem Beitrag über „Die ‚Gleichschaltung‘ der Parteien in Polen 1944-48“ deutlich macht, äußerst eng mit der kommunistischen Arbeiterpartei zusammen, die nur als „Stellvertreterin sowjetischer Interessen“ wahrgenommen wurde (S. 122).